



Öffentliche Niederschrift

7. Sitzung des Tourismusausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 03.06.2025
Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr
Sitzungsende: 21:37 Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal, Haus des Gastes, Heinrich-Heine-Str. 7, 18609 Ostseebad Binz

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name	Bemerkung
Dr. Elke Rohde-Baran	anwesend

Mitglieder

Name	Bemerkung
Ulf Dohrmann	anwesend (öffentlicher Teil)
Dr. Fanny Felsberg	anwesend
Jarno Gomoll	anwesend
Mario Kurowski	anwesend
Markus Möser	anwesend
Marvin Müller	anwesend
Petra Pfeifer	Vertretung für: Grit Drahota
Michael Schade	anwesend
Julia Schlösser	anwesend

Abwesend

Mitglieder

Name	Bemerkung
Grit Drahota	entschuldigt
Andreas Hennig	entschuldigt

Gäste:



Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellen der form- und fristgerechten Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Informationen des Eigenbetriebes Binzer Bucht Tourismus
4. Anfragen der Ausschussmitglieder
5. Einwohnerfragestunde
6. Stand Strandversorgung, gewerbliche Strandkörbe, Wassersport, mobiler Eisverkauf
7. 1. Quartalsbericht 2025
8. Beschlussvorlagen und Anträge
- 8.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Erhebung von Parkgebühren im gesamten Gemeindegebiet an den Weihnachtstagen bis Neujahr sowie zum Einsatz des Außendienstes an Silvester zur Kontrolle der öffentlichen Ordnung **BV/25/226**
9. Vorstellung Ankerveranstaltungen
10. Stand Postagentur
11. Vorstellung Prora Masterplan
12. Planung Weihnachtsmarkt „Engel, Licht und Meer“ 2025
13. Schließung des öffentlichen Teils

Nichtöffentlicher Teil

14. Informationen des Eigenbetriebes Binzer Bucht Tourismus



- 15. Anfragen der Ausschussmitglieder
- 16. Sonstiges
- 17. Schließung der Sitzung



Niederschrift

Öffentlicher Teil

Zu 1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellen der form- und fristgerechten Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde.

Die Beschlussfähigkeit ist mit der Anwesenheit von 10 von 11 Ausschussmitglieder gegeben.

Zu 2. Feststellung der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende erkundigt sich, ob zur vorgelegten Tagesordnung Änderungswünsche oder Einwände bestehen. Da keine Rückmeldungen erfolgen, wird die Tagesordnung einstimmig festgestellt.

Beschluss:

Der Tourismusausschuss stellt in seiner Sitzung am 03.06.2025 die Tagesordnung in der vorliegenden Sitzung fest.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Zu 3. Informationen des Eigenbetriebes Binzer Bucht Tourismus

Herr Gardeja richtet an Herrn Kurowski die besten Wünsche für dessen bevorstehenden neuen beruflichen Weg und äußert zugleich Vorfreude auf eine weiterhin erfolgreiche Zusammenarbeit in den kommenden sieben Jahren.

Herr Gardeja stellt im Rahmen seiner Präsentation das Veranstaltungsprogramm der Saison vor. Geplant sind Angebote in den Bereichen Gesundheit, Kultur und Unterhaltung, darunter Festivals mit internationalen Künstler:innen, die „Pier Session“ sowie die montäglichen „Seebrücken-Klänge“. Ergänzt wird das Programm durch das Open-Air-Kino „Silent Cinema“ (freitags auf dem Kurplatz), „Season-Konzerte“, „Barfuß-Konzerte“ in Binz und Prora, das Format „Binz & Friends“ und weitere Events. Genannt werden u.ä. Marie Bothmer, Alexa Feser und Philipp Dittberner.



Herr Gardeja informiert, dass die Rettungssaison in der vergangenen Woche offiziell begonnen hat. Er stellt mehrere Neuerungen vor, darunter das digitalisierte Kindersucharmband, das im Vermisstenfall eine schnellere Identifizierung und Kontaktaufnahme mit den Erziehungsberechtigten ermöglicht. Das traditionelle DLRG-Strandfest findet auch in diesem Jahr wieder Mitte August statt. Zudem ist die DLRG seit zwei Jahren Teil des First-Responder-Systems: Zwei Geräte sind an den Hauptwachen installiert, bedient von geschultem Personal, das bei nicht-wasserbezogenen Notfällen wie Stürzen in der Hochsaison einspringt. Durch die Anbindung an die Leitstelle kann schnell reagiert werden. Abschließend kündigt Herr Gardeja eine groß angelegte Rettungsübung in Zusammenarbeit mit der DLRG und Northern Rescue an, um die Koordination zwischen Wasser- und Luftrettung zu trainieren. Herr Gardeja berichtet zum Stand der Promenadenerweiterung. Die Ausschreibung zur Planungsfestschreibung ist abgeschlossen, ein Beschluss der Gemeindevertretung zu den drei Bauabschnitten liegt vor. Konkret geht es um die Verlängerung der Promenade in Richtung Prora sowie um den ersten Bauabschnitt in Binz (Strandabgang 12 bis 5). Zudem informiert er über die geplante Sanierung im Bereich „Block 1“. Das Projekt ist im Wirtschaftsplan verankert, die Planungen sind abgeschlossen, ein Grundsatzbeschluss liegt vor – die Zustimmung der Eigentümer steht jedoch noch aus. Die Maßnahme sei essenziell zur Klärung infrastruktureller Fragen zwischen Block 1 und Block 2 und laut Rückmeldungen auch umsetzbar.

Herr Gardeja informiert über den Stand zur zukünftigen Tourismusfinanzierung. Man arbeite derzeit an der Aufbereitung aller Kalkulationsgrundlagen, um Sondervermögen und touristische Infrastruktur erneut in den Fokus zu rücken – einschließlich bereits diskutierter Maßnahmen. Er verweist auf ein Zwischenurteil des Obergerichts Greifswald, das Auswirkungen auf bestehende Satzungen haben dürfte, sowie auf das geplante Tourismusgesetz zur Tourismusabgabe. Eine nicht öffentliche Sitzung zur vertiefenden Vorberatung sei geplant, zu der am Folgetag Terminvorschläge übermittelt werden. Themen sind u.ä. Mobilität, Infrastruktur, Grundinvestitionen in Prora und Binz sowie DLRG und Rettungsschwimmerorganisation. Eine aktuelle Kostenschätzung liegt vor und soll mit dem Eigenbetrieb im Laufe des Monats beraten werden, um fundierte Grundlagen für den künftigen Wirtschaftsplan und eine mögliche Anpassung der Kurabgabe zu schaffen.

Zu 4. Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Schlösser merkt an, dass es in der Vergangenheit zu Irritationen im Zusammenhang mit der DLRG gekommen sei, und erkundigt sich, ob sämtliche Unstimmigkeiten, die Gegenstand vorheriger Diskussionen waren, inzwischen ausgeräumt und geklärt wurden.

Herr Gardeja erinnert daran, dass die Thematik bereits in einer früheren Sitzung behandelt wurde. Anlass war, dass bei einem bestehenden hundertprozentigen



Leistungsvertrag mit der DLRG nicht alle vereinbarten Leistungen vollständig erbracht wurden, was zu Irritationen führte. In konstruktiven Gesprächen sei daraufhin Klarheit über die vertraglichen Leistungen geschaffen worden. Die Kommunikation habe sich verbessert, Missverständnisse seien ausgeräumt. Inzwischen bestehe wieder ein vertrauensvoller, partnerschaftlicher Austausch mit dem gemeinsamen Ziel, die Wasserrettung in Binz verlässlich und professionell sicherzustellen.

Herr Kurowski berichtet, dass er von mehreren Gastgebern auf die Situation am Fischerstrand angesprochen wurde. Dort bestehe aktuell ein erhebliches Problem mit angespültem Seetang, der zu starker Geruchsbildung führe. Er erkundigt sich, ob in den kommenden Tagen Maßnahmen geplant sind, um den Seetang zumindest teilweise zu entfernen.

Herr Gardeja erklärt, dass für die Entsorgung vorerst nur Deponiekapazitäten außerhalb der Insel zur Verfügung stehen, da die geplante Wiederverwertungsanlage im Inselnorden noch nicht gebaut ist – und diese perspektivisch ohnehin nicht über die erforderlichen Kapazitäten verfügen würde. Inzwischen wurde eine Beprobung des angespülten Seetangs durchgeführt. Dieser wird durch externe Unternehmen abgeholt, zwischengelagert und getrocknet. Der gesamte organisatorische Ablauf nimmt erfahrungsgemäß etwa sieben bis zehn Tage in Anspruch, da es sich um einen ziemlich komplexen Vorgang handelt.

Herr Möser berichtet, in der Presse von einer geplanten Schnellkatamaran-Fährverbindung zwischen Sellin – Binz - Göhren gelesen zu haben. Er erkundigt sich, wie realistisch dieses Vorhaben ist und ob es bereits erste zeitliche Vorstellungen für eine Umsetzung gibt.

Herr Gardeja berichtet, dass die Idee einer Schnellkatamaran-Fährverbindung zwischen Sellin, Binz und Göhren bereits seit längerem mit den Bäderorten der Ostküste abgestimmt werde und nicht allein auf den aktuellen Pressebericht zurückzuführen sei. Ein Start des Projekts sei realistisch im Jahr 2027 möglich. Zuvor müssten im Jahr 2026 bauliche Anpassungen an den Seebrücken erfolgen, um die dafür bereitgestellten fünf Millionen Euro Fördermittel zweckgerecht einzusetzen. Ziel sei eine koordinierte Infrastruktur der Anliegerorte. Herr Gardeja unterstreicht die Attraktivität des Projekts und verweist auf die Erschließung zentraler touristischer Lagen. Bestandteil des Vorhabens sei auch eine Prüfung der Auswirkungen auf die Kurabgabe. Bei einer Zusammenführung der Übernachtungszahlen in Binz, Mönchgut und Saßnitz entstehe ein solidarisch getragenes System, das er als wirtschaftlich tragfähig einschätzt.

Herr Möser begrüßt die intensivere Zusammenarbeit zur Verbesserung der Mobilität zwischen den Ostseebädern und regt an, dabei auch den öffentlichen Personennahverkehr stärker zu berücksichtigen. Er schlägt vor, die kostenfreie ÖPNV-Nutzung mit der Kurkarte – wie sie bereits im Mönchgut praktiziert wird – perspektivisch auch auf die Strecke von Göhren bis Prora auszudehnen. Hierzu solle der Austausch insbesondere mit dem Seebad Göhren gesucht und eine gemeinsame Lösung mit den beteiligten Ostseebädern kalkuliert werden. Neben Projekten wie der Schnellkatamaran-Verbindung sieht er darin großes Potenzial zur Stärkung der touristischen Infrastruktur.



Herr Gardeja betont, dass die künftige Herausforderung in der seeseitigen Erschließung des Küstenraums liege. Er denkt dabei an einen Schiffsverkehr für ca. 300 Personen und 50 Fahrräder – eine Kapazität, für die es im Vergleich acht Busse mit deutlich längerer Fahrzeit erfordern würde. Voraussetzung dafür sei eine leistungsfähige innerörtliche Mobilität mit kurzen Taktzeiten und intermodaler Verknüpfung. In diesem Zusammenhang verweist er auf einen laufenden Pilotversuch: Elektrifizierte Wegebahnen sollen künftig im Auftrag der VVR im Linienverkehr eingesetzt werden. Daraus ergebe sich eine spannende Debatte über die künftige Mobilitätsstruktur der Region.

Zu 5. Einwohnerfragestunde

Herr Suhrbier richtet zwei Fragen an den Ausschuss: Zum einen erkundigt er sich nach dem aktuellen Stand zur im Januar 2023 vorgestellten Idee eines Planetariums in Binz, das in Verbindung mit einem astronomischen Lehrpfad geplant war. Da der Lehrpfad offenbar bereits umgesetzt wurde, möchte er wissen, ob die Errichtung des Planetariums weiterhin verfolgt wird und wann mit einer Umsetzung zu rechnen sei. Zum anderen fragt Herr Suhrbier im Zusammenhang mit den laufenden Arbeiten an der Seebrücke am Schmachter See, ob auch Pflegemaßnahmen am Auslauf der Ahlbeck – insbesondere zur Entfernung des Schilfbewuchses – geplant sind, oder ob naturschutzrechtliche Vorgaben dem entgegenstehen.

Herr Gardeja antwortet, dass ein Schilfschnitt am Schmachter See durchgeführt wird – insbesondere im Bereich der Aussichtsplattformen. Auch der Freibereich am Auslauf der Ahlbeck sei zumindest teilweise freigeschnitten worden. Bei dem Bauwerk selbst handelt es sich um ein wasserbauliches Bauwerk, das dem Wasser- und Bodenverband untersteht. Dieses werde zwar grundsätzlich bewirtschaftet, jedoch geht Herr Gardeja nicht davon aus, dass dort ein umfassender oder tiefergehender Rückschnitt möglich sei.

Herr Steinbrecher erläutert, dass eine Genehmigung zum Mähen der Schilfflächen nur unter strengen naturschutzrechtlichen Auflagen möglich war und erst ab November gilt. Daher müsse man das sommerliche Schilfwachstum in Kauf nehmen. Das Bauwerk des Wasser- und Bodenverbandes könne jedoch gereinigt werden. Auf Nachfrage betont er, dass die naturschutzrechtliche Genehmigung mit erheblichem Aufwand verbunden war und der Schutz der Natur in diesem Bereich oberste Priorität habe.

Herr Gardeja bestätigt, dass der astronomische Lehrpfad inzwischen umgesetzt und insgesamt gelungen sei. Am Aussichtsturm seien kürzlich neue Leuchtelemente installiert worden, die jedoch bereits durch Vandalismus beschädigt wurden. Ein fest installiertes Planetarium – im Gegensatz zu einem mobilen Feldplanetarium – wäre aus seiner Sicht wünschenswert. Aktuell sei jedoch nur ein Teil des Projekts, darunter die Sternscheibe und der Lehrpfad Richtung Prora, realisiert worden. Das Planetarium selbst stehe noch aus.



Herr Rohde lobt die neuen Bänke am Schmachter See, die nun mit Rückenlehnen ausgestattet sind und einen schönen Ausblick ermöglichen. Anschließend erkundigt er sich nach dem aktuellen Stand der geplanten Surfskate-Welle. Da ihm als Mitglied des Bauausschusses bislang keine Informationen – insbesondere zur möglichen Integration beim Skatepark – vorliegen, bittet er um Auskunft zum weiteren Vorgehen.

Herr Gardeja erläutert, dass ein dezentrales Nutzungskonzept angestrebt wird. Vorgesehen ist eine größere, stationäre Hauptanlage im Bereich des Stadions, ergänzt um die Surfskate-Anlage auf derselben Fläche. Diese sei als Modell mit teils asphaltierten Elementen geplant. Er geht davon aus, dass die bisherigen Absprachen Bestand haben, und spricht sich grundsätzlich positiv für das dezentrale Konzept aus.

Herr Rohde erkundigt sich, ob das Vorhaben im Bauamt weiter konkretisiert werden sollte.

Herr Gardeja bestätigt, dass die Angelegenheit im Bauamt näher geprüft bzw. weiterverfolgt werden sollte.

Herr Wolfram erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zur geplanten Erweiterung der Trampolinanlagen im Bereich der Volleyballfelder und des Kinderspielfeldes. Angesichts der hohen Auslastung – teilweise nutzten bis zu zehn Kinder gleichzeitig ein Gerät – hält er zusätzliche Trampoline für dringend erforderlich.

Herr Gardeja bestätigt die hohe Nutzung der vorhandenen Trampoline und berichtet, dass eine vierte Anlage bereits beschafft wurde. Noch fehlende Bauteile sollen zeitnah eintreffen, die Installation ist im Laufe des Monats Juni vorgesehen. Zusätzlich verweist er auf drei weitere Anlagen im Umfeld der Binzer Kindertagesstätte sowie der KiTa „Seestern“ in Prora. Aufgrund der anhaltend hohen Nachfrage sei zudem die Installation eines weiteren Trampolins im vorderen Strandbereich fest eingeplant.

Herr Wolfram erkundigt sich nach der zukünftigen Nutzung des Bereichs am Strandaufgang 25, wo bislang der Strandkorbvermieter „Kruggel“ tätig war. Er verweist auf eine erfolgte Ausschreibung und fragt, ob dort künftig eine Strandbar vorgesehen sei oder derzeit keine Nutzung geplant sei. Zudem weist er darauf hin, dass aktuell sowohl Strandkörbe als auch gastronomische Angebote an diesem Standort fehlen.

Herr Gardeja erläutert, dass für den Strandaufgang 25 zwar eine Ausschreibung erfolgte, sich jedoch kein geeigneter Bewerber fand. Am Aufgang 37 gingen zwei qualifizierte Bewerbungen ein. Ein Versuch, den Standort 25 durch Nachrücken des Zweitplatzierten zu besetzen, scheiterte, da dieser letztlich am bevorzugten Standort 37 bleiben wollte. Daher wurde vorgeschlagen, die Vergabe für Aufgang 25 in eine neue Ausschreibungsrunde zu überführen. Der Fokus der Verwaltung habe sich zwischenzeitlich auf die bislang unversorgten rückwärtigen Strandbereiche wie die Aufgänge 37 und 50 gerichtet, da der vordere Bereich bereits gut abgedeckt sei.

Herr Wolfram fragt, ob es demnach möglich sei, sich an einer erneuten Ausschreibung für den Standort Strandaufgang 25 zu beteiligen, falls Interesse bestehe, künftig selbst eine Bar am Strand zu betreiben.



Herr Gardeja teilt mit, dass die Ausschreibungen in der kommenden Woche online gestellt werden sollen – gewissermaßen als nachgelagerte Vergaberunde. Auf diese Ausschreibungen könne sich dann erneut jeder Interessierte bewerben. Die Vergabe einer Strandbar erfolge dabei als kombiniertes Paket zusammen mit einem Kontingent an Strandkörben.

Herr Wolfram weist darauf hin, dass am Strandabgang 25 ein Drahtseil an der linken Dünenbegrenzung vollständig abgerissen sei und dringend repariert werden müsse. Zudem würden an mehreren Bohlen der Strandaufgangsplatten Schrauben herausragen, was eine potenzielle Gefahrenquelle darstelle. Herr Gardeja erkundigt sich, ob es sich dabei um die Platten am Strandaufgang handle, was bestätigt wird. Weiterhin merkt Herr Wolfram an, dass sich ein Schild mit der Aufschrift „Binzer Bucht“ und einem Volleyballsymbol in unmittelbarer Nähe zum Volleyballnetz befinde. Aufgrund der Verletzungsgefahr im Spielbereich schlägt er vor, das Schild oberhalb an der Promenade anzubringen, idealerweise mit dem Hinweis auf einen Sportstrand.

Herr Gardeja weist darauf hin, dass der Bereich bereits am Abgangsschild als Aktivstrand mit Volleyballnutzung ausgewiesen ist. Die Platzierung des zusätzlichen Schildes am Strand diene der besseren Sichtbarkeit bei hohem Besucheraufkommen. Gleichwohl zeigt er sich offen, die Positionierung des Schildes zu überprüfen und bei Bedarf eine Verlagerung – etwa oberhalb der Promenade – zu prüfen, auch wenn dies baulich aufwendiger sein könnte. Zudem bedankt er sich für die Hinweise zu den beschädigten Elementen am Strandabgang 25 und kündigt eine zeitnahe Behebung der Mängel an.

Herr Adrian berichtet von zahlreichen Möwenattacken auf dem Seebrückenvorplatz und der Hauptstraße, insbesondere auf Fischbrötchen und Eistüten. Seiner Beobachtung nach komme es dort derzeit nahezu im Minutentakt zu Zwischenfällen. Er regt daher an, eine teilweise Überdachung des Bereichs in Erwägung zu ziehen – etwa durch Wimpel, Planen oder Stoffbahnen –, wie sie in südlichen Regionen sowohl zur Beschattung als auch zur Möwenabwehr genutzt werden. Ziel sei eine gesteigerte Aufenthaltsqualität und ein störungsfreier Verzehr von Speisen. Augenzwinkernd merkt er an, dass bislang vor allem der örtliche Eisanbieter von der Situation profitiere, da viele Gäste nach einem Möwenangriff ein zweites Eis kaufen müssten.

Herr Läufer äußert sich zur Situation sportlicher Strandangebote. Er bedauert, dass frühere Treffpunkte für junge Menschen – insbesondere im Bereich der Strandabgänge 23 bis 25 – heute kaum noch vorhanden seien. Die Veranstaltungsreihe „PierSession“ lobt er ausdrücklich, regt jedoch an, diese monatlich, statt nur einmal jährlich durchzuführen und dabei auch eine bessere gastronomische Begleitung sicherzustellen. Angesichts vieler junger Gäste im Sommer plädiert er für gezielte Freizeit- und Wassersportangebote am Strand, um die Attraktivität für diese Zielgruppe zu erhöhen. Abschließend fragt er, ob im Bereich des Strandaufgangs 28 entsprechende Planungen bestehen.

Herr Gardeja informiert, dass es unterhalb des Kurplatzes bereits eine SUP-Selbstaustleihstation gibt. Am Strandaufgang 28 wird zudem ein neuer Wassersportstützpunkt eingerichtet; die Vergabe ist abgeschlossen. In etwa zwei Wochen soll dort eine Bar eröffnen, betrieben von einem jungen Binzer Hotelier mit einem Konzept aus Wassersport und jugendgerechter Gastronomie. Weitere



Wassersportstandorte bestehen am Aufgang 40 – mit dem bisherigen Betreiber von Standort 28 – sowie in Prora beim Block 5. Insgesamt bestehen vier Wassersportstützpunkte mit entsprechenden Schneisen für sportliche Aktivitäten.

Herr Läufer regt an, bei künftigen Vergaben von Strandflächen mit gastronomischem Angebot darauf zu achten, dass vertraglich vereinbarte Starttermine – etwa zum 1. April oder 1. Mai – verbindlich eingehalten werden. Gerade in der Vorsaison sei die Nachfrage hoch, was in den letzten Jahren zu Unmut bei Gästen geführt habe, wenn Angebote fehlten. Auch Einheimische profitierten von einem frühzeitigen Saisonstart. Er selbst habe sich aufgrund der sehr kurzfristigen Ausschreibung nicht beworben, da eine seriöse Vorbereitung nicht möglich gewesen sei. Abschließend gratuliert er Herrn Kurowski zur Wahl und wünscht sich eine konstruktive Zusammenarbeit.

Herr Dreher schließt sich den Ausführungen seines Vorredners vollumfänglich an und erinnert daran, bereits vor drei Jahren ein klassisches Wassersportkonzept bei Herrn Gardeja eingereicht zu haben, auf das bislang keine Rückmeldung erfolgt sei. Angesichts noch verfügbarer Strandflächen fragt er nach einer erneuten Einbringung und kündigt an, sich ggf. 2026 erneut bewerben zu wollen. Zudem äußert er den Wunsch, dass der Kurdirektor bei Veranstaltungen stärker präsent sei, etwa bei Medaillenvergaben oder kurzen Ansprachen, da Gäste häufig nach seiner Anwesenheit fragen.

Herr Dinyes begrüßt das große Interesse an Strandbars, gibt jedoch zu bedenken, dass bei einer Ausschreibung im Juni ein erheblicher Vorlauf nötig sei. Selbst mit schneller Genehmigung seien mindestens drei Monate Vorbereitungszeit erforderlich. Er plädiert für frühere Ausschreibungen, idealerweise ab Januar.

Herr Gardeja widerspricht der Aussage und stellt klar, dass die diesjährige Ausschreibung mit ausreichendem Vorlauf erfolgte und acht Standorte umfasste – mehr als je zuvor. Dabei seien hochwertige Konzepte eingereicht worden. Für 2025 sei keine kurzfristige Vergabe mehr vorgesehen, eine Bewerbung für den nicht vergebenen Standort sei nicht mehr möglich. Neue Ausschreibungen sollen jedoch in der kommenden Woche veröffentlicht werden.

Herr Wolfram fragt, ob er im Falle eines Zuschlags nach der neuen Ausschreibung seine 90 Strandkörbe unmittelbar aufstellen dürfe, und wann mit einer verbindlichen Rückmeldung zum Ausschreibungsergebnis zu rechnen sei. Die Körbe würden derzeit am betreffenden Standort fehlen.

Herr Gardeja erklärt, dass das Verfahren mehrere Schritte mit festgelegten Fristen vorsieht. Nach der inhaltlichen Bewertung werde das Ergebnis der Gemeindevertretung vorgelegt. Eine Vergabe und Umsetzung im laufenden Jahr sei daher sehr wahrscheinlich nicht mehr möglich.



Zu 6. Stand Strandversorgung, gewerbliche Strandkörbe, Wassersport, mobiler Eisverkauf

Die Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass bereits zahlreiche Aspekte wie Wassersportangebote, Eisverkauf und Strandinfrastruktur behandelt wurden. Vorherigen Redebeiträgen entnimmt Sie, dass freie Strandflächen im laufenden Jahr nicht mehr vergeben werden. Jedoch stehe die Frage zur künftigen Online-Buchbarkeit der Strandkörbe noch offen.

Herr Gardeja informiert, dass acht Standorte vergeben und bewirtschaftet werden. Am Aufgang 28 verzögerte sich der Aufbau aufgrund eines Vorrechts, das nun geklärt sei. Der Betrieb soll in den kommenden 14 Tagen starten. In einer Nachrunde konnte ein zuvor unbesetztes Los ebenfalls vergeben werden. Noch offen seien u.ä. die Standorte 25, 45/46 in Binz sowie mehrere Flächen in Prora. Drei neue Betreiber mit innovativen Konzepten ergänzen das Angebot.

Herr Möser begrüßt Fortschritte, übt aber Kritik an der verzögerten Ausschreibung. Die verspätete Vergabe habe zur Folge gehabt, dass Betriebspflichten – etwa am Standort 28 – nicht eingehalten werden konnten. Zudem fehle aus seiner Sicht ein Stützpunkt im zentralen Bereich, da das eFoil-Angebot nun am Rand angesiedelt sei. Die klassische Surfstation sei ebenfalls verlagert worden, wodurch das Angebot für junge, sportliche Gäste eingeschränkt sei.

Herr Kurowski kritisiert den verspäteten Saisonstart und fordert für künftige Jahre frühzeitige Vorbereitungen. Die Kommunikation zu einer angeblich festgelegten Schließzeit der Strandbars um 22:00 Uhr sei unklar. Aus seiner Sicht stelle dies einen unzulässigen Eingriff in die unternehmerische Freiheit dar.

Herr Gardeja erklärt, dass ihm keine entsprechende vertragliche Schließzeit bekannt sei, werde dies jedoch prüfen und ggf. nachreichen. Der Eigenbetrieb mache keine Vorgaben zur Öffnungszeit und führe keine Kontrollen durch. Sollte es entsprechende Klauseln geben, werde man diese überprüfen. Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden bestätigt Herr Gardeja, dass alle Verkaufsstellen für mobilen Eisverkauf vergeben sind.

Herr Gomoll greift die Wortmeldung von Herrn Wolfram auf und regt an, zu prüfen, ob dieser – ggf. gemeinsam mit weiteren Interessenten – kurzfristig zusätzliche Strandkorbkapazitäten bereitstellen könnte. Die Nachfrage sei eindeutig vorhanden, viele Gäste erkundigten sich regelmäßig nach freien Strandkörben. Vor diesem Hintergrund stellt er die Frage, ob es nicht eine pragmatische Zwischenlösung gebe, um die bestehende Versorgungslücke zumindest temporär zu schließen.

Herr Gardeja weist den Vorschlag zurück und betont, dass es keine individuellen Vorabvergaben geben könne. Vergaben erfolgten ausschließlich regulär. Die Nennung einzelner Interessenten könne als Bevorzugung verstanden werden. Er unterstreicht, dass es sich bei der aktuellen Ausschreibung um eine Nachvergabe handelt und keine außerordentlichen Maßnahmen erfolgen werden. Die Strandversorgung sei in diesem Jahr so umfangreich wie nie zuvor.



Herr Gomoll widerspricht dieser Einschätzung.

Herr Gardeja erläutert, dass rechtliche Rahmenbedingungen und gescheiterte Alternativlösungen die Situation erschwert hätten. Eine Abweichung vom geregelten Verfahren sei jedoch nicht möglich.

Herr Möser bestätigt die Unzufriedenheit mit der aktuellen Versorgungslage. Trotz langjähriger Befassung mit dem Thema sei es nicht gelungen, stabile Lösungen zu etablieren. Er sieht ein strukturelles Versäumnis auf Seiten der Verwaltung.

Die Ausschussvorsitzende erinnert an die unbeantwortete Frage zur Online-Buchung der Strandkörbe.

Herr Gardeja kündigt an, dass die Online-Buchung innerhalb von 14 Tagen verfügbar sein wird. Betreiber seien informiert. Die Strandkörbe werden künftig mit abschließbaren Boxen ausgestattet, die auch zur Aufbewahrung von Wertsachen genutzt werden können. Die technische Plattform stehe bereit; auch eine Buchung vor Ort werde möglich sein. Die Maßnahme solle die Nutzung des Angebots deutlich verbessern.

Zu 7. 1. Quartalsbericht 2025

Herr Gardeja gibt einen Überblick über die finanzielle Situation des Eigenbetriebs Binzer Bucht Tourismus. Die aktuelle Barliquidität beträgt rund 2,6 Mio. Euro, hinzu kommen Forderungen gegenüber Dritten in Höhe von etwa 2,7 Mio. Euro – hauptsächlich aus laufenden Rechnungen im Zusammenhang mit Strandbewirtschaftung und Strandkörben. Es handelt sich dabei nicht um überfällige oder angemahnte Posten. Auf der Passivseite bestehen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 207.000 Euro. Die bisherigen Investitionen im Jahr 2025 belaufen sich auf rund 128.000 Euro. Zur Monatsstatistik (Stand April 2025) merkt Herr Gardeja an, dass diese noch unvollständig ist. Der Januar sei außergewöhnlich stark verlaufen, der Februar solide. Der März sei im Vergleich durch die späte Lage des Osterfestes (Ende März/Anfang April) verzerrt. Der April zeige dadurch einen hohen Buchungswert, wobei ca. 40% auf das Ostergeschäft entfallen. Kumuliert liegt das Buchungsaufkommen bis Ende April bei rund 85% des Jahresvolumens – ein Plus von etwa 2,2% gegenüber dem Vorjahr. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer lag im April bei 4,3 Tagen. Auch zum Ergebnishaushalt gibt Herr Gardeja Auskunft: Für das erste Quartal war ein Defizit von -1 Mio. Euro geplant, tatsächlich liegt es bei -648.000 Euro – ein um rund 344.000 Euro besseres Ergebnis, zurückzuführen auf geringere Ausgaben bzw. höhere Einnahmen. Alle Bereiche liegen aktuell über Plan.

Herr Möser dankt für die Ausführungen, betont jedoch, dass gemäß §9 Abs. 3 der Betriebssatzung eine vierteljährliche schriftliche Berichtspflicht besteht – jeweils zu den Stichtagen März, Juni, September und Dezember. Die vorliegende Darstellung sei



aus seiner Sicht nicht ausreichend, da sie nicht dem geforderten einheitlichen Format entspreche. Er wünscht sich künftig eine strukturierte betriebswirtschaftliche Auswertung (BWA), die auch einen Abgleich mit den Ansätzen des Wirtschaftsplans ermöglicht. Trotz des zweijährigen Wirtschaftsplanzeitraums sollte eine nachvollziehbare und vergleichbare Darstellung gewährleistet sein. Auf Wunsch bietet Herr Möser an, ein entsprechendes Format vorzuschlagen.

Herr Gardeja antwortet dahingehend, dass sie wieder im Rhythmus mit allem sind, und er wird dem Tourismusausschuss die BWA noch mal fristgerecht zuschicken.

Die Ausschussvorsitzende erkundigt sich, ob die betriebswirtschaftliche Auswertung (BWA) künftig direkt an die Ausschussmitglieder verschickt oder alternativ im ALLRIS-System hinterlegt wird.

Herr Gardeja bestätigt daraufhin, dass die BWA zugeschickt wird.

Zu 8. Beschlussvorlagen und Anträge

Zu 8.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Erhebung von Parkgebühren im gesamten Gemeindegebiet an den Weihnachtstagen bis Neujahr sowie zum Einsatz des Außendienstes an Silvester zur Kontrolle der öffentlichen Ordnung

ohne Beschlussfassung in die Gemeindevertretersitzung verwiesen BV/25/226

Die Ausschussvorsitzende informiert über einen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der in der Sitzung der Gemeindevertretung am 20. Februar eingebracht wurde. Der Antrag wurde im Nachgang zur weiteren Beratung an den Bauausschuss und den Tourismusausschuss verwiesen, da beide Gremien thematisch unmittelbar betroffen sind. Sie verliest den Antragstext für alle Anwesenden, die bisher nicht darüber informiert waren:

„Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 20. Februar, die Gemeindeverwaltung zu beauftragen, ab Dezember 2025 an den Weihnachtsfeiertagen bis über Neujahr, wie überall üblich, Parkgebühren zu erheben. Aufgrund offensichtlicher Parkverstöße, insbesondere im Ortsteil Binz an Silvester, wird zudem beschlossen, dass der Außendienst künftig an Silvester eingesetzt wird. Der Eigenbetrieb Binzer Bucht Tourismus wird bei Bewerbung von Veranstaltungen verpflichtet, die Anreise mit dem ÖPNV sowie die Nutzung der ausgewiesenen Parkhausflächen zu empfehlen.“

Die Ausschussvorsitzende hebt hervor, dass insbesondere der letzte Absatz des



Antrags den Tourismusausschuss betrifft. Hintergrund ist die bisherige Praxis, zwischen Weihnachten und Neujahr keine Parkgebühren zu erheben – insbesondere rund um die Silvestertage. Dies sei problematisch und möglicherweise rechtlich bedenklich. Zwar könne eine Deaktivierung der Parkautomaten aus Sicherheitsgründen nachvollziehbar sein, etwa zum Schutz vor Vandalismus, dennoch komme es bei Großveranstaltungen wie dem Silvesterfeuerwerk regelmäßig zu Fehlverhalten im ruhenden Verkehr. Dies betreffe vor allem Gäste, die keine Kurabgabe entrichten, während die Veranstaltung aus diesen Mitteln finanziert werde. Die Vorsitzende spricht sich daher für Maßnahmen aus, um eine gerechtere Abgabepaxis und geordnete Parkverhältnisse – insbesondere im Hinblick auf Rettungswege – zu gewährleisten. Der Bauausschuss werde sich mit verkehrsorganisatorischen Fragen befassen, während der Eigenbetrieb Binzer Bucht Tourismus gezielt auf ÖPNV-Nutzung und ausgewiesene Parkflächen hinweisen solle. Der Tourismusausschuss solle hierzu informiert bleiben.

Herr Müller erinnert daran, dass es sich beim Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN um eine Verweisung aus der Sitzung der Gemeindevertretung vom 20. Februar handelt. Die zuständigen Ausschüsse – darunter auch der Tourismusausschuss – sollen eine Empfehlung zum Antrag abgeben. Zwar spricht er sich dafür aus, dass sich der Tourismusausschuss mit dem Antrag befasst, äußert jedoch Vorbehalte gegenüber den Punkten zur Einführung von Parkgebühren und dem Einsatz des Außendienstes zu Silvester. Diese Themen sehe er vorrangig im Zuständigkeitsbereich des Bauausschusses. Für den Tourismusausschuss sei aus seiner Sicht vor allem der dritte Antragsteil relevant: die Verpflichtung des Eigenbetriebs, bei der Veranstaltungsbewerbung auf ÖPNV und ausgewiesene Parkflächen hinzuweisen. Diesem Punkt stimme er zu, stellt jedoch grundsätzlich infrage, ob der Tourismusausschuss insgesamt der richtige Adressat für eine Bewertung des Antrags – insbesondere in verkehrsrechtlicher Hinsicht – sei.

Die Ausschussvorsitzende bestätigt, dass aus Sicht des Tourismusausschusses im Wesentlichen nur ein Teil des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von unmittelbarer Relevanz sei. Dabei handelt es sich um folgenden Passus:

„Der Eigenbetrieb Binzer Bucht Tourismus wird bei der Bewerbung von Veranstaltungen verpflichtet, die Anreise mit dem ÖPNV sowie die Nutzung der ausgewiesenen Parkhäuserflächen zu empfehlen.“

Herr Dohrmann äußert sich kritisch zur zunehmenden Regelungsdichte bei Veranstaltungen. Er verweist auf den hohen Verwaltungsaufwand, der durch Maßnahmen wie Ausschilderungen, Flächenzuweisungen oder Kontrollen entstehe, obwohl es sich lediglich um wenige Großveranstaltungen im Jahr handle. Im Vergleich zu anderen Orten werde in Binz vieles weiterhin pragmatisch geregelt. Eine gewisse temporäre Belastung – etwa bei der Parksituation – sei aus seiner Sicht zumutbar. Er spricht sich für Augenmaß und Verhältnismäßigkeit aus und warnt davor, auf jede Herausforderung mit neuen Vorgaben zu reagieren. Rettungswege müssten selbstverständlich gesichert sein, konkrete Gefährdungen habe es bislang jedoch nicht gegeben. Grundsätzlich erkenne er das Anliegen inhaltlich an.

Die Ausschussvorsitzende kündigt an, dass Herr Kurowski auf die vorangegangene Wortmeldung reagieren werde. Zugleich stellt sie klar, dass es nicht um neue Regelungen gehe, sondern um die Einhaltung bestehender Vorschriften –



insbesondere der Straßenverkehrsordnung. Zur Veranschaulichung nennt sie ein persönliches Beispiel und weist darauf hin, dass in ihrer Wohnstraße im Ernstfall kein Feuerwehrauto passieren könne, was die Dringlichkeit des Themas unterstreiche.

Herr Kurowski zeigt Unverständnis gegenüber der zuvor geäußerten Zurückhaltung bei einer stärkeren Regulierung. Seit drei Jahren werde im Ausschuss nach Silvester regelmäßig über das gleiche Problem diskutiert: eine vollständige Überparkung des Ortes. Er plädiert für eine pragmatische Lösung, bei der gezielt die Nutzung der Parkhäuser gefördert und in Verbindung mit der Tageskurtkarte ein kostenfreier Shuttle-Service angeboten wird – insbesondere bei Großveranstaltungen wie Silvester. Angesichts blockierter Rettungswege fordert Herr Kurowski Maßnahmen zur Sicherstellung der Einhaltung der StVO. Ein Leitsystem könne Besucher zu den vorgesehenen Stellflächen lenken. Zudem betont er die Verantwortung der Gemeinde als Veranstalterin: Ein funktionierendes Sicherheitskonzept sei unerlässlich, da im Ernstfall die Haftung bei der Gemeinde liege.

Die Ausschussvorsitzende merkt an, dass es sich bei der aufgeworfenen Thematik in weiten Teilen um eine grundsätzliche Fragestellung handelt, die in die Zuständigkeit der Gemeindevertretung fällt. Die Diskussion sei daher auch nur eingeschränkt im Tourismusausschuss zu führen.

Herr Dohrmann äußert Zweifel an der praktischen Umsetzbarkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen. Er stellt die Frage, wer für die Kontrolle der Vorgaben sowie das Einschreiten bei Fehlverhalten zuständig sei. Problematisch sei aus seiner Sicht insbesondere, wenn Regelungen eingeführt würden, ohne dass deren konsequente Durchsetzung sichergestellt sei.

Die Ausschussvorsitzende bringt den Teil des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abstimmung, der vorsieht, den Eigenbetrieb Binzer Bucht Tourismus bei der Bewerbung von Veranstaltungen künftig dazu zu verpflichten, die Anreise mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sowie die Nutzung der ausgewiesenen Parkplatzflächen aktiv zu empfehlen. Sie bittet die Ausschussmitglieder um ein Votum per grüner Karte.

Beschluss:

Der Tourismusausschuss verweist in seiner Sitzung am 03.06.2025 den Tagesordnungspunkt 8.1 "Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Erhebung von Parkgebühren im gesamten Gemeindegebiet an den Weihnachtstagen bis Neujahr sowie zum Einsatz des Außendienstes an Silvester zur Kontrolle der öffentlichen Ordnung" inkl. einer Empfehlung an die nächste Gemeindevertretersitzung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	1



Zu 9. Vorstellung Ankerveranstaltungen

Die Ausschussvorsitzende erkundigt sich, ob das betreffende Thema in der letzten Sitzung bereits abschließend behandelt wurde oder ob sich einzelne Punkte derzeit noch in Bearbeitung befinden. Sie bittet um eine kurze Rückmeldung zum aktuellen Sachstand.

Herr Gardeja erklärt, dass im Rahmen der bisherigen Planungen bereits verschiedene Veranstaltungsformate vorgestellt wurden. Dies bedeute zugleich, dass diese nun auch haushaltsmäßig zu untersetzen seien – sprich: im Rahmen der neuen Wirtschaftsplanung zu budgetieren und inhaltlich weiter auszuarbeiten. Ziel sei es, bis spätestens September eine verfeinerte Fassung vorzulegen, die dann gemeinsam weiter beraten und anschließend in den weiteren Entscheidungsprozess gegeben werde.

Die Ausschussvorsitzende merkt an, dass ihr bislang keine Übersicht darüber vorliegt, welche Veranstaltungen konkret durchgeführt wurden und welche davon positiv bewertet wurden.

Herr Gardeja weist darauf hin, dass die Übersicht zu den Veranstaltungen im ALLRIS-System hinterlegt worden sei. Er kündigt an, diesbezüglich noch einmal nachzufassen und einen direkten Link oder einen entsprechenden Verweis auf die genaue Ablage innerhalb des Systems zur Verfügung zu stellen.

Zu 10. Stand Postagentur

Die Ausschussvorsitzende erkundigt sich, ob es einen aktuellen und positiven Sachstand bezüglich der Postagentur gibt.

Herr Gardeja berichtet, dass die Einrichtung der Postagentur am vorgesehenen Standort gesichert ist. In den vergangenen Wochen fanden intensive Gespräche mit allen Beteiligten statt; nähere Details sollen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung erläutert werden. Ein Raumkonzept liegt vor, ebenso wurden in Abstimmung mit der Deutschen Bahn Vor-Ort-Termine durchgeführt. Die erforderlichen Lizenzen für die Post- und Bahnagentur sind erteilt. Derzeit befindet sich das Vorhaben in der wirtschaftlichen Konkretisierungsphase, in der geprüft wird, wer den Betrieb übernehmen kann und wie dieser wirtschaftlich tragfähig umgesetzt werden kann.

Zu 11. Vorstellung Prora Masterplan



Die Ausschussvorsitzende erinnert an die Diskussion im Februar zur künftigen Entwicklung des Ortsteils Prora. Damals sei deutlich geworden, dass es nicht nur um die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung gehe, sondern auch um die Frage der inhaltlichen Umsetzbarkeit und finanziellen Tragfähigkeit – etwa durch Fördermittel. Zudem sei thematisiert worden, ob bereits Gespräche mit Investoren geführt wurden und ob ein Zeitplan existiere. In diesem Zusammenhang verweist sie auf den sogenannten Masterplan und stellt folgende Fragen: Ist dieser noch aktuell? Gibt es konkrete Gespräche mit Investoren? Wer führt diese Gespräche? Und wie ist der aktuelle Stand der Dinge?

Herr Gardeja erläutert den aktuellen Stand zum Masterplan Prora. Die bisherigen Planungen, insbesondere aus dem breit angelegten Beteiligungsprozess vor der Pandemie, seien inhaltlich fundiert und weiterhin relevant. Im Fokus standen Themen wie Bildung, Wohnen, Soziales, Wirtschaft und Infrastruktur, die im Rahmen des sogenannten Konversionsmanagements unter Mitwirkung des Tourismusausschusses gebündelt wurden. Ein Grundsatzbeschluss zur Weiterverfolgung liegt bereits vor, die Zusammenführung der drei Masterpläne (bauliche Entwicklung, Beherbergung, Infrastruktur) steht jedoch noch aus. Ziel sei es, einen operativen Maßnahmenplan mit konkreten Flächen und Zeitplänen zu erstellen. In der öffentlichen Wahrnehmung werde Prora zunehmend kritisch gesehen – insbesondere im Hinblick auf Leerstand, fehlende Gastronomie und unklare Nutzungskonzepte. Herr Gardeja spricht sich daher für eine strategische Weiterentwicklung aus, die über Einzelinvestitionen hinausgeht. Hierfür liege ein Gesprächsangebot des Konversionsmanagements vor. Ein zentrales Element sei der Masterplan Beherbergung, ergänzt durch einen Infrastrukturplan für Binz und Prora mit Fokus auf Mobilität, Gesundheitsversorgung, Investitionen und ein ganzjähriges touristisches Nutzungskonzept.

Zur weiteren Umsetzung benennt Herr Gardeja drei Kernfragen:

1. Soll die Gemeinde relevante Flächen vom Investor erwerben?
2. Ist der Tourismusausschuss bereit, einen Aufstellungsbeschluss für einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan zu fassen?
3. Wie kann die Beteiligung von Öffentlichkeit, Investoren und Unternehmen konkret gestaltet werden?

Die Umsetzung erfordere neben Eigenmitteln auch Fördermittel. Das notwendige Investitionsvolumen für die öffentliche Infrastruktur liege bei rund 160–180 Mio. Euro. Herr Gardeja spricht sich für einen zeitnahen Start des Beteiligungsprozesses aus und appelliert an den Mut zu klaren politischen Entscheidungen, idealerweise noch im laufenden Jahr. Als langfristige Perspektive regt er zudem die Einrichtung eines Museums zur historischen Aufarbeitung Proras an, um den Ort als bundesweit bedeutenden Erinnerungsort zu etablieren.

Die Ausschussvorsitzende hält fest, dass das Thema zur weiteren Beratung in die Fraktionen bzw. Zählgemeinschaften gegeben wird. Sie regt an, im nächsten Schritt zu klären, ob die künftige inhaltliche Bearbeitung – insbesondere hinsichtlich des Masterplans Prora und der damit verbundenen strategischen Entscheidungen – vorrangig im Bauausschuss oder im Tourismusausschuss erfolgen soll.

Herr Gardeja bittet den Ausschuss um eine Einschätzung, ob die im Masterplan enthaltenen Umsetzungsvorschläge mitgetragen werden und Bereitschaft besteht, das



Projekt aktiv weiterzuentwickeln und öffentlich zu diskutieren. Er warnt davor, das aktuelle Zeitfenster ungenutzt zu lassen – insbesondere im Hinblick auf mögliche Veränderungen im Denkmalschutz, die langfristige Entwicklungen gefährden könnten. Ziel müsse es sein, Prora zu einem funktionalen Ortsteil mit tragfähiger Infrastruktur auszubauen, um Binz nachhaltig zu entlasten. Er schlägt vor, die Diskussion über den Masterplan auch in den Fraktionen und ggf. informell fortzuführen und ruft dazu auf, bereits bei erkennbarer Umsetzbarkeit einzelner Aspekte aktiv zu werden.

Herr Kurowski erinnert daran, dass die Initiative für das Prora-Projekt ursprünglich aus dem Tourismusausschuss stammte. Eine beauftragte Agentur habe das Konzept bis zur aktuellen Fassung erarbeitet. Seit 2023 fehle es jedoch aus seiner Sicht an konkretem Umsetzungswillen. Der Ortsteil entwickle sich derzeit planlos, ohne erkennbare Zielrichtung. Er fordert eine realistische Bewertung der im Masterplan enthaltenen Ideen – etwa zur „Meeresorgel“ – sowie eine Klärung der Investorenbeteiligung, Fördermöglichkeiten und finanziellen Auswirkungen auf die Gemeinde. Trotz offener Fragen plädiert Herr Kurowski für einen zügigen Start erster Umsetzungsschritte und ruft dazu auf, auch Landes- und Bundesebene stärker einzubeziehen. Im Namen seiner Fraktion spricht er sich klar für eine Umsetzung des Projekts aus.

Herr Gardeja schlägt vor, einen Beschlussvorschlag zu erarbeiten, der dem Tourismusausschuss zur Beratung und anschließend der Gemeindevertretung zur Entscheidung vorgelegt wird. Ziel sei es, einen formalen Rahmen für die strukturierte Weiterentwicklung des Ortsteils Prora zu schaffen. Dabei gehe es nicht nur um klassische Bebauungspläne, sondern auch um die kritische Überprüfung und mögliche Anpassung bestehender Planungsgrundlagen. Der Beschluss sei aus seiner Sicht erforderlich, um den Prozess politisch und strukturell abzusichern. Einen Entwurf kündigt Herr Gardeja für die kommenden zwei Wochen an, damit dieser vor der nächsten Ausschusssitzung fraktionsintern abgestimmt werden könne.

Die Ausschussvorsitzende fasst zusammen, dass dem Eigenbetrieb damit der Auftrag erteilt wird, eine Beschlussvorlage für die nächste Sitzung der Gemeindevertretung zur weiteren Entwicklung des Ortsteils Prora zu formulieren.

Sie stellt diesen Vorschlag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

- 10 Ja-Stimmen
- 0 Nein-Stimmen
- 0 Enthaltung

Zu 12. Planung Weihnachtsmarkt „Engel, Licht und Meer“ 2025

Die Ausschussvorsitzende merkt an, dass der Weihnachtsmarkt in seiner aktuellen Form nicht vollständig überzeugt und hinter den Erwartungen zurückbleibt. Sie fragt,



wie der Eigenbetrieb Binzer Bucht Tourismus künftig zur Attraktivitätssteigerung des Marktes beitragen kann.

Herr Gardeja informiert, dass der Eigenbetrieb Binzer Bucht Tourismus eine konzeptionelle Neuausrichtung des Weihnachtsmarktes anstrebt. Ziel sei ein atmosphärisch hochwertiger Markt mit Alleinstellungsmerkmal im norddeutschen Raum. Im Zentrum steht die Idee, Ostsee und Schmachter See über Flächen wie Kurplatz, Seebrückenvorplatz, Hauptstraße und Kurpark gestalterisch zu verbinden.

Der Markt soll sich bewusst von klassischen Angeboten abheben und stattdessen einen kulturellen Bezug zur Ostseeregion und dem baltischen Raum herstellen. Vorgesehen ist, jährlich eine Partnerregion oder ein Partnerland thematisch in den Mittelpunkt zu stellen.

Weitere geplante Elemente sind:

- Lichtinszenierungen im Kurpark und am See
- Kulinarische und handwerkliche Mitmachangebote
- Veranstaltungen im Kurpark (z.B. „Feuerzangenbowle unter dem großen Dach“)
- Kooperation mit Handel und Gastronomie entlang der Hauptstraße
- Winterspiele am Strand und ergänzende Kulturformate (Musik, Sauna, Erzählrunden)

Auch Partnerschaften, Weihnachtspostaktionen, Wunschbäume oder traditionelle Handwerksangebote sollen einbezogen werden. Besonderer Wert wird auf die Beteiligung lokaler Akteure wie Hotellerie, Schulen, Vereine und Einzelhandel gelegt.

Die Umsetzung soll ab 2025 schrittweise erfolgen – mit vollständiger Etablierung innerhalb von drei Jahren. Erste Gespräche mit Betrieben sind geplant. Herr Gardeja lädt den Ausschuss zur Mitwirkung ein.

Herr Müller begrüßt das vorgestellte Konzept zur Neugestaltung des Weihnachtsmarktes ausdrücklich und lobt den Anspruch eines atmosphärisch besonderen Gesamtformats. Er bittet um Klarstellung, ob der Kurpark – wie ursprünglich vorgesehen – auch im kommenden Jahr fest Bestandteil des Konzepts ist, da dies in der konkreten Aufzählung nicht erwähnt wurde. Zudem schlägt Herr Müller vor, mögliche Kooperationen mit dem Festival *Nordischer Klang* in Greifswald zu prüfen. Aufgrund der thematischen Ausrichtung auf den Ostseeraum sowie bestehender regionaler Verbindungen zur Universität Greifswald sieht er hierin eine potenzielle inhaltliche Bereicherung für das Konzept des Binzer Weihnachtsmarktes.

Herr Dohrmann erkundigt sich nach der geplanten Veranstaltungsdauer. Grundsätzlich äußert er sich sehr positiv zum vorgestellten Konzept und bezeichnet es als „eine großartige Idee“, die seiner Einschätzung nach auf breite Zustimmung stoßen werde.

Herr Gardeja erläutert, dass eine räumliche Erweiterung des Weihnachtsmarktes in Richtung Kurpark bereits erprobt wurde, jedoch nur mit passender thematischer Einbindung sinnvoll sei. Für das neue Konzept schlägt er eine deutliche Verlängerung der Laufzeit vor – idealerweise vom dritten Adventswochenende bis zur Wintersonnenwende, mit Schwerpunktaktionen an den Wochenenden und ruhigerem Betrieb unter der Woche. Zur Nachfrage von Herrn Müller betont er, dass der Kurpark



fester Bestandteil des Konzepts sei und insbesondere durch Licht- oder Kunstinstallationen hervorgehoben werden solle. Zudem sei geplant, dort erneut eine wettergeschützte Fläche – etwa durch den „Kulturkutter“ – für Filmvorführungen zu schaffen. Eine thematische Kooperation mit dem Festival Nordischer Klang aus Greifswald sei ebenfalls denkbar. Ziel sei es, die Bereiche Kurplatz, Hauptstraße, Kurpark und Schmachter See atmosphärisch zu verbinden.

Die Ausschussvorsitzende begrüßt das vorgestellte Konzept ebenfalls ausdrücklich und bezeichnet die Ansätze zur Neuausrichtung des Weihnachtsmarktes als sehr vielversprechend.

Herr Gardeja bittet den Ausschuss um ein erstes Feedback zum vorgestellten Weihnachtsmarktkonzept in der kommenden Woche. Auf dieser Grundlage könne der Eigenbetrieb die Planungen weiter konkretisieren – sowohl für die Umsetzung im laufenden Jahr als auch für die mittel- bis langfristige Weiterentwicklung. Ziel sei es, erste Gespräche mit relevanten Akteuren aufzunehmen und eine grundsätzliche Rückendeckung für das Konzept zu erhalten. Ein förmlicher Beschluss sei nicht erforderlich, eine unterstützende Rückmeldung aus dem Ausschuss jedoch hilfreich.

Herr Kurowski begrüßt das vorgestellte Konzept zur Neuausrichtung des Weihnachtsmarktes ausdrücklich. Er hebt hervor, dass der Kurpark aus seiner Sicht besonders geeignet sei, um eine stimmungsvolle und heimelige Atmosphäre zu schaffen – ein vielfacher Wunsch aus der Bevölkerung. Auch die geplante Einbindung des Schmachter Sees bewertet er positiv. Kritisch merkt er an, dass in den vergangenen Jahren immer wieder Klagen über die finanziellen Rahmenbedingungen geäußert worden seien. Er regt an, die Preisstruktur zu überdenken – beispielsweise durch moderate Standgebühren oder eine anteilige Kostenbeteiligung – um die Teilnahme attraktiver Anbieter zu erleichtern und die Angebotsvielfalt zu stärken.

Herr Gardeja betont, dass zunächst die Grundsatzfrage zu klären sei, ob der Weihnachtsmarkt primär als gewinnorientierte Veranstaltung oder als kulturell und sozial wertvolles Angebot für die Gemeinde verstanden werden solle. Er spricht sich klar für Letzteres aus. Ideell engagierte Anbieterinnen und Anbieter – z.B. mit handwerklichen oder kulturellen Beiträgen – müssten gezielt unterstützt und dürften nicht durch hohe Einstiegskosten abgeschreckt werden. Der Eigenbetrieb schlägt daher vor, die Teilnahmegebühren auf ein Minimum – etwa Anschluss- und Verbrauchskosten – zu beschränken. Zudem sei vorgesehen, standardisierte, ausgestattete Hütten als Basisausstattung bereitzustellen. Hierfür seien Investitionen von rund 50.000 Euro erforderlich. Die konkreten finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen sollen in einer der nächsten Sitzungen separat beraten werden.

Die Ausschussvorsitzende bringt den Vorschlag von Herrn Gardeja zur Abstimmung, das Konzept für die Weiterentwicklung des Weihnachtsmarktes in Binz weiter auszuarbeiten und in einer der kommenden Sitzungen erneut zu beraten.

Abstimmungsergebnis:

- 10 Ja-Stimmen
- 0 Nein-Stimmen
- 0 Enthaltung



Zu 13. Schließung des öffentlichen Teils

Die Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:43 Uhr und verabschiedet sich von allen Gästen.

Hinweis: Herr Dohrmann meldet sich ab und verlässt die Sitzung vorzeitig.



Vorsitz:

Dr. Elke Rohde-Baran

Protokollführung:

Ralf Müller